

## Konsolidierungspakete unter der Lupe

# Sparpakete in Europa

**Noch bevor ein selbsttragender wirtschaftlicher Aufschwung nach der „großen Rezession“ 2009 einsetzte, wurden in ganz Europa Steuer- und Sparmaßnahmen verabschiedet. Eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) nahm diese Konsolidierungspakete genauer unter die Lupe. Dabei bestätigt sich der weitverbreitete Eindruck, dass in Europa großteils keine bzw. falsche budgetpolitische Lehren aus der Krise gezogen wurden und überwiegend die „Falschen“ für die Krise bezahlen.**

Andrew Watt/Georg Feigl

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hinterließ tiefe Spuren in Europa. Neben einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf den neuen Rekordwert von 23 Mio. Menschen in Europa und einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,2 % traf die Krise auch die Staatsfinanzen. Bankenrettungspakete, Konjunkturpakete, Steuerausfälle, und erhöhte Ausgaben etwa im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit ließen die Defizite in der EU-27 (Eurozone-17) von 0,9 (0,7) % des BIP 2007 auf 6,8 (6,3) % im Jahr 2009 ansteigen. Richtigerweise wurde dieser Anstieg zunächst toleriert, sodass die Rezession durch die Staatsintervention merklich abgeschwächt und eine Depression wie 1929 folgend verhindert werden konnte.

Spätestens mit dem Hilfspaket für Griechenland im Frühjahr 2010 drehte die budgetpolitische Ausrichtung in Europa von Konjunktur- auf Konsolidierungspolitik, obwohl damals noch kein neuer Aufschwung absehbar war. Die Prognosen gingen von einem Wirtschaftswachstum von lediglich knapp 1 % und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 25 Mio. Personen aus. Die Ankündigung von

**Ausgabenkürzungen überwiegen und gehen vor allem zu Lasten öffentlich Beschäftigter und Sozialleistungen.**

Sparpaketen im Ausmaß von etwa 1 % des EU-BIP war damals eine gefährliche Drohung, bedenkt man den gemäß konservativen OECD-Schätzungen zu erwartenden kontraktiven Effekt auf die Wirtschaftsleistung von 0,8 Prozentpunkten.

Zwischenzeitlich kam es aber zu einem unerwartet starken, wenn auch weiterhin unsicheren, Aufschwung, mit dem steigende Steuereinnahmen – und damit eine automatische Verbesserung der europäischen Staatsfinanzen – einher gingen. Insbesondere in Griechenland, Irland und Portugal ist die Situation hingegen weiter angespannt – nicht zuletzt durch die kontraktiven Effekte der verschärften Sparpolitik dort. Daran lässt sich ablesen, wie wichtig eine mittelfristige Ausrichtung der Budgetkonsolidierung entlang des Konjunkturtrends ist.

**Konsolidierungsvolumen knapp 300 Mrd. Euro** ■ Gemäß der ETUI-Studie (Theodoropoulou/Watt 2011) betragen die Konsolidierungsmaßnahmen in der EU-27 0,9 % des BIP 2011 und nochmals so viel 2012. Die Bandbreite der Budgetpolitik in Europa reicht von keinerlei Sparmaßnahmen in Schweden bis hin zu über 6 % des BIP im Sonderfall Griechenland. Einschränkend ist jedoch anzumerken, dass die Zahlen mittels Einschätzung nationaler ExpertInnen rund um den Jahreswechsel 2010-2011 erhoben wurden und daher

Unschärfen aufweisen. Kontrastiert man diese Werte mit jenen aus der derzeit umfassendsten, aktuellsten und vergleichbarsten Übersicht im Rahmen der OECD (2011), so gibt es trotzdem nur für einzelne Länder wesentliche quantitative Abweichungen. Sowohl für die EU-27 als auch die Eurozone insgesamt ist das Konsolidierungsvolumen 2011 mit knapp 1,4 % bzw. 0,9 % des BIP 2012 (rund 300 Mrd. Euro) ähnlich.

In der OECD-Studie beträgt das Verhältnis ausgaben- zu einnahmensseitigen Maßnahmen etwa 3:2. Einschränkungen bei den öffentlich Beschäftigten, Kürzung von Sozialleistungen, bei Pensionen, im Gesundheitsbereich oder bei Investitionen finden sich am Häufigsten in der Maßnahmenliste, während Sicherheits- oder Agrarausgaben nur selten eingeschränkt werden. In Großbritannien, Irland, Italien, Deutschland oder Estland spielen Kürzungen eine besonders große Rolle. Einnahmensseitig überwiegen Erhöhungen bei den Konsumsteuern und Streichung von Sonderregeln, während vermögensbezogene Steuern am seltensten angehoben werden.

**Negative Verteilungswirkungen** ■ Logische Folge dieser Schwerpunktsetzung sind negative Verteilungswirkungen, denn sowohl Ausgabenkürzungen als auch Konsumsteuer treffen untere Einkommen überproportional hart. In der ETUI-Studie ➤